



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. Februar 2022 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat am Montag Sandra Berberat Kecerski (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 in den Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB) gewählt ([KR-Nr. 315/2021](#)). Die Wirtschaftsprüferin und Betriebsökonomin aus Winterthur ersetzt den zurückgetretenen János Blum.

Der Kantonsrat hat Isabel Garcia (GLP, Zürich) in die Finanzkommission gewählt ([KR-Nr. 50/2022](#)). Sie folgt auf Cyrill von Planta (GLP, Zürich).

Wer im Kanton Zürich Polizistin oder Polizist werden möchte, muss das Schweizer Bürgerrecht haben – und zwar bereits bei Beginn der Ausbildung. Dies hat der Kantonsrat in der Schlussabstimmung mit einer entsprechenden Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes mit 83 zu 72 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen ([KR-Nr. 390/2020](#)). Winterthur muss seine Praxis diesbezüglich nun ändern, die Stadt Zürich auf eine geplante Lockerung verzichten.

Menschen mit Behinderungen können im Kanton Zürich künftig so weit wie möglich selber bestimmen, wo und wie sie wohnen und von wem sie dabei betreut werden. Der Kantonsrat hat das neue Selbstbestimmungsgesetz in der Schlussabstimmung mit 161 zu 0 Stimmen angenommen ([5594](#)).

Mehr Halteverbote in der Nähe von Schulhäusern sollen Eltern davon abbringen, ihre Kinder zur Schule zu fahren. Der Kantonsrat hat eine Motion von SP, Mitte, EVP und AL zum Thema Elterntaxi mit 91 zu 72 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 335/2021](#)). Mit dem Vorstoss wird gefordert, dass Gemeinden in alleiniger Kompetenz über Halteverbote auf kommunalen Strassen in der Nähe von Schulhäusern entscheiden können. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, dazu Bericht und Vorlage auszuarbeiten.

Besitzer von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben werden auch künftig weniger Verkehrsabgaben bezahlen müssen als Besitzer von Fahrzeugen mit konventionellen Motoren. Der Kantonsrat hat eine Motion der SVP mit 121 zu 46 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, mit der gefordert wurde, dies zu ändern ([KR-Nr. 365/2021](#)).

Der Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten im Kanton Zürich soll so angepasst werden, dass Praktikantinnen und Praktikanten in der Regel nicht als Betreuungspersonen angerechnet werden. Der Kantonsrat hat mit 90 Stimmen einer parlamentarischen Initiative (PI) von Grünen, SP, Mitte und EVP mit dieser Forderung die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 209/2021](#)). Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

Beschlüsse zu gebundenen Ausgaben ab einer bestimmten Höhe auf Gemeindeebene sollen künftig veröffentlicht werden müssen. Der Kantonsrat hat mit 93 Stimmen einer parlamentarischen Initiative (PI) von SVP und GLP mit dieser Forderung die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 210/2021](#)). Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

Voraussehbare gebundene Ausgaben in Budgets von Gemeinden sollen künftig vermerkt werden müssen. Der Kantonsrat hat mit 72 Stimmen einer parlamentarischen Initiative (PI) der SVP mit dieser Forderung die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr.](#)

[211/2021](#)). Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

In den Jahresrechnungen der Gemeinden sollen gebundene Ausgaben künftig transparent ausgewiesen werden müssen. Der Kantonsrat hat mit 80 Stimmen einer parlamentarischen Initiative (PI) der SVP mit dieser Forderung die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 212/2021](#)). Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

Der Kantonsrat hat mit 80 Stimmen einer parlamentarischen Initiative (PI) von Grünen, GLP und SP zugestimmt, mit der gefordert wird, dass der Strickhof nach einer Übergangszeit ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel bewirtschaftet werden soll ([KR-Nr. 237/2021](#)). Der Strickhof ist eine landwirtschaftliche Bildungs- und Forschungseinrichtung des Kantons Zürich. Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die Bericht und Antrag dazu ausarbeitet.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. Februar 2022 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Verpflichtungskredits zum Bau eines Abschnitts der Strasse Uster West ohne Gegenantrag genehmigt ([4818](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative (PI) zum Unterhalt von Beförderungsanlagen mit 109 zu 51 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 359/2018](#)). Die PI zielte auf überhöhte Wartungskosten für Aufzüge ab. Die vorbereitende Kommission empfahl die PI jedoch zur Ablehnung, weil das Anliegen auf kantonaler Ebene nicht umsetzbar sei. Die Zuständigkeit dafür liege beim Bund.

Der Kantonsrat hat ein Postulat zum Thema «Humusaufbau zur Speicherung von CO₂» als erledigt abgeschrieben ([5748](#)). Mit dem Postulat wurde gefordert, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie der Humusaufbau gefördert werden kann.

Der Kantonsrat hat die Antworten des Regierungsrats zu einer Interpellation von FDP, SVP und SP zum Thema Brennstäbe-Verpackungsanlage zur Entsorgung radioaktiver Abfälle zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 20/2020](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Motion von GLP und SP zum Thema Wassergebühren mit 97 zu 59 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 67/2020](#)). Mit dem Vorstoss wurde gefordert, Wassergebühren auch für Schutz- und Präventionsmassnahmen in Wasserzuströmgebieten zu verwenden.

Der Kantonsrat hat ein Postulat zum Thema Elektro-Lademöglichkeiten mit 93 zu 59 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 68/2020](#)). Mit dem Vorstoss von GLP und FDP wurde die Ausarbeitung von Leitlinien zuhanden der Gemeinden für die Zurverfügungstellung des öffentlichen Raumes an Private für das Aufstellen von Elektro-Lademöglichkeiten gefordert.

Eine Motion der GLP zum Bau von Photovoltaikanlagen auf kantonalen Gebäuden, insbesondere Schulhäusern, hat der Kantonsrat mit 81 zu 75 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 89/2020](#)). Dieser hat nun 2 Jahre Zeit, um eine Vorlage auszuarbeiten.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der GLP mit 105 zu 51 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wird, auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaik-Anlagen erstellen zu lassen ([KR-Nr. 91/2020](#)).

(sda)